

GRÜNE JUGENDPOLITIK

DAMIT EURE STIMME GEHÖRT WIRD

UNS GEHT'S UMS GANZE

HALLO UND HERZLICH WILLKOMMEN BEI DER GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION! SCHÖN, DASS IHR EUCH FÜR UNSERE ARBEIT INTERESSIERT. WIR WOLLEN EUCH VORSTELLEN, WAS WIR FÜR JUNGE MENSCHEN BEREITS ERREICHT HABEN.

Ob auf der Straße oder im Netz – wir sehen, dass so viele jungen Menschen sich aktiv für eine lebenswerte Zukunft einsetzen, zum Beispiel bei den Demos gegen Rechtsextremismus oder für Klimaschutz. Wir wollen, dass ihr noch mehr werdet!

Wir Grüne setzen uns im Bundestag für starke Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. Das bedeutet für uns, dass junge Menschen sich möglichst frei und selbstbestimmt entwickeln können. Kinder und Jugendliche wissen, was sie wollen, und verdienen es, gehört zu werden. Ihr könnt uns deshalb auch im Bundestag besuchen kommen – ob beim Girls' Day oder mit einer Besucher-

gruppe. Wir werden euch von unserem Alltag als Politiker*innen und Mitarbeiter*innen in der Fraktion erzählen und sind gespannt auf eure Fragen.

In der Politik geht es oft um kleinteilige Fragestellungen in einzelnen Ministerien. Aber junge Menschen spielen in all diesen Fragen eine Rolle. Ob generationengerechte Klimapolitik, an den Schüler*innen orientierte Bildungspolitik, Freiräume in der Stadt oder die Bedürfnisse junger Geflüchteter: Die Jugend ist überall und braucht einen Platz für ihre Anliegen. Dafür setzen wir uns ein – und dafür streiten auch junge Menschen selbst!

Damit junge Menschen ihre Rechte wirksam einfordern können, muss ihre Stimme auf der Straße gehört und an der Wahlurne gezählt werden. Denn wer früh ernst genommen wird und die Dinge verändert, lernt Demokratie.

Vieles haben wir in der Regierung bisher schon für euch erreicht: die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei der Europawahl, die BAföG-Reform, das Startchancenprogramm oder den KulturPass für 18-Jährige!

NOCH FRAGEN?

20/16

ZUM WEITERLESEN:

- gruene-bundestag.de/jugend
- Bildung: Gleiche Chancen für alle (Flyer 20/42)
- Kinder willkommen (Leporello 20/43)

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 20/11313 29. BAföG-ÄndG: Erhöhung Grundförderung und Wohnpauschale, Strukturreform, Studienstarthilfe
- 20/10968 Gute Startchancen für mehr Bildungsgerechtigkeit
- 20/9874 Freiwilligen-Teilzeitgesetz
- 20/4536 Studierenden-Energiepreispauschalengesetz
- 20/3499 Senkung des Wahlalters (Europawahl) auf 16 Jahre
- 20/2298 28. BAföG-ÄndG: Nothilfemechanismus
- 20/1631 27. BAföG-ÄndG: Änderung Altersgrenzen und Verbesserung der finanziellen Förderung

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Fachbereich 5:
Zusammenleben, Wissen, Gesundheit
AG Familie, Senior*innen, Frauen, Jugend, Queer

TEL 030 227 56789
FAX 030 227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

UNSERE ERFOLGE & VORHABEN FÜR EUCH IM BUNDESTAG

WÄHLEN AB 16 UND KINDERRECHTE INS GRUNDGESETZ

Im Juni 2024 war es endlich so weit: 16- und 17-Jährige konnten in Deutschland das erste Mal bei einer Europawahl ihre Stimme abgeben und so Europa aktiv mitgestalten! Wir setzen uns weiter dafür ein, das Wahlalter auch für die Bundestagswahlen abzusenken, damit 16-Jährige auch im Herbst 2025 zur Wahlurne gehen können. Wir wollen zudem

endlich Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Das wäre ein Signal für die tatsächliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftspolitischen Leben. Denn wir wissen, dass junge Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und mitzubestimmen.

FÜR MEHR GERECHTIGKEIT: WIR INVESTIEREN IN SCHULEN

Nicht alle Kinder und Jugendlichen bringen die gleichen Startchancen auf dem Bildungsweg mit. Genau dagegen haben wir etwas: Mit dem Startchancen-Programm investieren wir über zehn Jahre 20 Milliarden Euro in Schulen in sozialen Schiefen. Wir geben ihnen ein Chancenbudget an die Hand, um Unterricht und Schule langfristig besser zu machen, und finanzieren viele neue Arbeitsplätze, z.B. für Schulsozialarbeiter*innen -oder -psycholog*innen. So wollen wir jungen Menschen mehr direkte Unterstützung ermöglichen und die Lehrkräfte entlasten. Ziel des Programms ist es, die Zahl

der Schüler*innen zu halbieren, die die Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen nicht erreichen.

An vielen Schulen machen „Respekt Coaches“ Angebote, um jungen Menschen zu erklären, was etwa Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind. Dabei sollen unterschiedliche Sichtweisen auf die Welt und Lebensweisen besser verstanden werden. Damit trägt das Programm langfristig zu einem gesunden Klassenklima und Zusammenhalt in der Schule bei und fördert ein respektvolles Miteinander.

BILDUNG UNTERSTÜTZEN: WIR FÖRDERN AZUBIS UND STUDIS

Döner acht Euro, WG-Zimmer 800? Wir wissen, dass steigende Preise junge Menschen hart treffen. Daher haben Bafög-Beziehende Heizkostenzuschüsse von 575 Euro bekommen und für Millionen Studierende und Fachschüler*innen gab es einmalig 200 Euro. Viele junge Menschen dürfen zudem heute mehr im Minijob verdienen, bekommen den höheren Mindestlohn und es gibt mehr Kindergeld für die Familien.

Uns ist es wichtig, junge Menschen langfristig zu unterstützen. Deswegen haben wir viele Bafög-Verbesserungen umgesetzt. Wir haben den Bafög-Höchstsatz auf fast 1.000 Euro angehoben. Und wir haben die Gesetze so geändert, dass heute viel mehr Menschen Bafög bekommen können als früher. Junge Menschen aus Familien mit wenig Geld erhalten zudem zum Studienstart einmalig 1.000 Euro. Denn die Entscheidung für ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deswegen haben wir noch mehr vor und dafür einen Plan aufgeschrieben.

Der sagt: Das Bafög darf nicht niedriger sein als das Bürgergeld. Denn das Bürgergeld ist das gesetzliche Minimum, was man zum Leben braucht. Ebenso muss es für das Leben in besonders teuren Städten mehr Geld für die Wohnung geben. Und wir wollen einen Betrag von 100 Euro im Bafög für Ausbildungskosten, um Bücher oder ein funktionierendes Notebook zu finanzieren.

Damit jeder junge Mensch eine erste Ausbildung anfangen kann, auch wenn Plätze fehlen, haben wir die „Ausbildungsgarantie“ eingeführt. Zu Orientierung, welcher Job zu einem passt, gibt's zudem ein neues, gefördertes Orientierungspraktikum. Richtig gute Azubis können jetzt Stipendien bekommen. Studierende und Azubis mit sehr wenig Gehalt bekommen eine höhere Ausbildungsbeihilfe vom Staat. Und wir haben ein Programm geschaffen, mit dem auch für Azubis Wohnheime gebaut werden können, in denen man gut und günstig wohnen kann.

KULTURPASS FÜR KONZERTE, KINO & CO.

Um für junge Menschen die vielfältigen kulturellen Möglichkeiten erlebbar zu machen, haben wir den KulturPass ins Leben gerufen. Ob Konzerte, Festivals oder Kinobesuche – wer im Jahr 2025 volljährig wird, erhält ein Guthaben von 100 Euro, das für verschiedenste Angebote genutzt werden kann. Dieses Guthaben kann im lokalen Einzelhandel für Bücher oder Vinyl-Platten eingelöst werden, aber auch in Museen, botanischen Gärten oder Gedenkstätten. Bezahlt und ausgewählt

werden die Angebote einfach über eine App. Sie ist leicht zu bedienen und schlägt den Nutzerinnen und Nutzern interessante Angebote in ihrer Nähe vor. Auf diese Weise wird man auch auf kulturelle Events aufmerksam gemacht, die man zuerst eventuell gar nicht auf dem Radar hatte. Der KulturPass, der nun schon seit zwei Jahren existiert, wurde sowohl von der Kulturbranche und dem lokalen Einzelhandel als auch von den Jugendlichen selbst sehr positiv aufgenommen.

MOBILITÄT UNTERSTÜTZEN

Ende 2023 haben sich Bund und Länder auf die Finanzierung eines vergünstigten Deutschlandtickets für die rund drei Millionen Studierenden geeinigt. Sie zahlen pro Monat statt 49 nur 29,40 Euro. Damit können sie nun bundesweit im ÖPNV unterwegs sein, um Freund*innen zu besuchen, ökologisch sparsam Kurztrips zu unternehmen und Deutschland kennenzulernen.

FREIWILLIGENDIENST IN TEILZEIT

Mit dem Freiwilligen-Teilzeitgesetz haben wir für den Freiwilligendienst in Teilzeit die bisherigen Prüf- und Nachweispflichten gestrichen. Damit haben mehr junge Menschen die Chance, sich auszuprobieren, anderen zu helfen, die Umwelt zu schützen. Bei den Haushaltsverhandlungen des Bundes haben wir mehr Geld für Freiwilligendienste durchgesetzt. Wir wollen außerdem die Plätze in den Freiwilligendiensten ausbauen und das Taschengeld erhöhen.